

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
--------------	---

1 Einleitung: Warum eine Versorgungsordnung?

(Dr. Henriette Meissner)

1.1 Was ist eine Versorgungsordnung und wann benötige ich sie?	1
1.2 Die Einrichtung eines Versorgungswerkes und die Versorgungsordnung	6
1.3 Rechtsbegründung und Versorgungsordnung	11
1.3.1 Individualrechtliche Zusagen.....	12
1.3.2 Kollektivrechtliche Zusagen	14
1.4 Vereinfachter Überblick: Rechtsbegründungsakte und bAV	18
1.5 Umsetzung in die Praxis: „Stolperfallen“ der Versorgungsordnung	20
1.6 Checkliste	22
1.7 Informationspflichten vs. Versorgungsordnung.....	24
1.8 Fazit	30

2 Rechtsdienstleistung und Maklerdienstleistung

(Thomas Schmidt)

2.1 Versorgungsordnung und Rechtsberatung	35
2.1.1 Versorgungsordnung als Rechtsberatung?.....	35
2.1.2 Grenzen der erlaubten Rechtsberatung durch den Makler	38
2.1.3 Mittelbare Rechtsberatung als Lösungsansatz?.....	42
2.1.4 Folgen der unerlaubten Rechtsberatung.....	44
2.1.5 Die Lösung: Zusammenarbeit von Rechtsdienstleister und Makler	45
2.2 Die Rolle des Versicherungsmaklers in der bAV	52

2.2.1	Dienstleistungen des Maklers aus betriebswirtschaftlicher Sicht	53
2.2.2	Dienstleistung „aus einer Hand“	57
2.2.3	Konzentration auf die Vermittlungsleistung gemäß § 59 VVG	58
2.2.4	Netzwerken mit Rechtsberatern	59
2.2.5	Erbringung von Servicedienstleistungen	60
2.2.6	bAV-Beratung und VSH-Schutz	60
2.2.7	Beratungsdokumentation und Versorgungsordnung.	61
2.3	Fazit: Versorgungsordnung hilft dem Makler	63

3 Versorgungsordnung: Muster mit Anmerkungen

(Ulrich Beeger)

3.1	Muster einer Versorgungsordnung	66
3.2	Entgeltumwandlung	80
3.2.1	Musterformulierung: Definition der Berechtigten (Geltungsbereich)	82
3.2.2	Musterformulierung: Rechtsanspruch und Förderrahmen	84
3.2.3	Hinweis auf steuer- und sozialversicherungsrechtliche Nebenwirkungen	85
3.2.4	Musterformulierung: Durchführungsweg und Leistungsarten	87
3.2.5	Musterformulierung: Todesfallleistungen	89
3.2.6	Musterformulierung: Zusageart	91
3.2.7	Musterformulierung: Vorzeitiges Ausscheiden	94
3.2.8	Musterformulierung: Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung	98
3.2.9	Musterformulierung: Entgeltfreie Beschäftigungszeiten.	99
3.3	Pflichtzuschuss gemäß § 1a Abs. 1a BetrAVG.	102
3.3.1	Rechtlicher Überblick	103
3.3.2	„Spitz“ oder „stumpf“ oder Mittelweg	104

3.4	Freiwillige Arbeitgeberfinanzierung.	105
3.4.1	Allgemein	106
3.4.2	Definition der Berechtigten	107
3.4.3	Freiwilliger Zuschuss (Matching Contribution)	109
3.4.4	Sockel-Zuschuss (Zuschuss als Vorleistung)	110
3.4.5	Rein arbeitgeberfinanzierte Zusage	112
3.4.6	Verhältnis zum Pflichtzuschuss.	113
3.4.7	Vorschaltzeiten.	114
3.4.8	Befristung arbeitgeberfinanzierter Leistungen	115
3.4.9	Musterformulierung: Anrechnungsklausel	117
3.4.10	Musterformulierung: Teilzeit/Entgeltfreie Zeiten	117
3.5	Besonderheit: Nutzung von Vermögenswirksamen Leistungen	120
3.6	Nutzung des Förderbetrags gemäß § 100 EStG.	123
3.7	Sonstiges	127
3.7.1	Musterformulierung: Bestehende Entgeltumwandlungszusagen	127
3.7.2	Zuschuss auf Bestandsverträge geregelt?	128
3.7.3	Musterformulierung: Mitbringen von Verträgen	130
3.7.4	Sonstiges	132

4 Automatische Entgeltumwandlung mit Opting-Out-Möglichkeit

(Frank Wörner)

4.1	Arbeitsrechtliche Herausforderungen	138
4.1.1	Überblick	138
4.1.2	Gesetzliche Verankerung durch § 20 Abs. 2 BetrAVG	138
4.1.3	Formale Anforderungen.	142
4.1.3.1	Einhaltung der Textform	142
4.1.3.2	Einzuhaltende Frist.	143
4.1.3.3	Deutlichkeitsgebot.	144

4.1.3.4	Dem Deutlichkeitsgebot unterliegen folgende Hinweispflichten:	146
4.1.3.5	Hinweispflichten des Arbeitgebers	146
4.1.4	Opting-Out durch vertragliche Einheitsregelung/ Gesamtzusage.	147
4.1.4.1	Anwendung des AGB-Rechts	147
4.1.4.2	Entgeltumwandlungsentscheidung: Ausreichende Frist für den Arbeitnehmer.	149
4.1.4.3	Notwendige Bestandteile einer automatischen Entgeltumwandlungsklausel	150
4.1.4.4	„Belehrung“ über die möglichen Folgen einer verstrichenen Frist.	150
4.1.4.5	„Belehrung“ über die Folgen eines rechtzeitig erfolgten Widerrufs	151
4.1.5	Verankerung im Arbeitsvertrag bei Bestandsmitarbeitern?	152
4.1.5.1	Einführung eines Opting-Outs bei Bestandsmitarbeitern durch eine Betriebsvereinbarung ohne tarifliche Grundlage.	152
4.1.5.2	Argumente, die gegen die Möglichkeit, Opting Out durch Betriebsvereinbarung außerhalb einer tariflichen Grundlage einzuführen, sprechen.	153
4.1.5.3	Argumente, die gegen die Möglichkeit Opting Out durch Betriebsvereinbarung außerhalb einer tariflichen Grundlage einzuführen, sprechen.	154
4.2	Informationspflichten/Datenschutz	155
4.2.1	Arbeitsrechtliche Informationspflichten	155
4.2.2	Aufsichtsrechtliche Informationspflichten nach dem VAG für Versorgungsträger.	155
4.3	Datenschutz/Schweigepflichtentbindungserklärung	158
4.4	Hinweis zum Beratungsprozess.	159

4.5	Weitere Praxisfragen der automatischen Entgeltumwandlung	160
4.5.1	Vorgabe der Entgeltumwandlung und mögliche Negativeffekte	160
4.5.2	Die Auswahl des Durchführungsweges/ der Zusageart	161
4.5.3	Tariföffnungsklausel und Tarifvorbehalt	161
4.5.4	Definition des Entgeltumwandlungszeitpunktes bei Neueintritten	162
4.5.5	Möglichkeit der späteren Entgeltumwandlung trotz erfolgtem Widerruf	162
4.5.6	Spätere Beendigung/Veränderung der Entgeltumwandlung trotz automatischer Entgeltumwandlung	163
4.6	Arbeitgeberfinanzierung als besseres Opting-Out	163
4.6.1	„Help wanted“ – der Kampf um Mitarbeiter	163
4.6.2	Arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung für alle als Mittel gegen Fluktuation	164
4.6.3	Rückenwind vom Gesetzgeber	165
4.7	Muster/Checkliste	166

5 Pflege und Update einer Versorgungsordnung

(Ulrich Beeger)

5.1	Pflege und Update einer Versorgungsordnung	171
5.2	Wie können Änderungen rechtlich umgesetzt werden? . . .	175
5.2.1	Änderungen für Neueintritte	175
5.2.2	Änderungen für den Bestand	176
5.2.3	Drei-Stufen-Theorie	178

6 Fragebogen zur Erstellung einer Versorgungsordnung

(Ulrich Beeger)

Autorenverzeichnis	193
------------------------------	-----